Deutscher Bundestag **Drucksache 21/8138**

21. Wahlperiode 22.09.2026

Antrag

der Abgeordneten Karoline Otte, Katharina Beck, Dr. Moritz Heuberger, Max Lucks, Sascha Müller, Stefan Schmidt, Deborah Düring, Schahina Gambir, Filiz Polat, Ulle Schauws, Dr. Armin Grau, Claudia Roth, Jamila Schäfer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Massive Vermögensungleichheit besser messen und bekämpfen – Multilaterale Initiativen gegen ökonomische Ungleichheit unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht hat ein erhebliches Ausmaß erreicht. Sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern wie den USA steigt insbesondere die ungleiche Verteilung von Vermögen massiv an. Für viele OECD-Länder gilt inzwischen, dass die absolute Spitze der Vermögensverteilung, das Top-1-Prozent, bereits mehr als ein Drittel des gesamten nationalen Vermögens besitzt (https://wid.world/data/). Auch in Deutschland ist dieses Ungleichgewicht besonders stark ausgeprägt. Private Erhebungen wie der im Mai 2026 veröffentlichte BCG Global Wealth Report zeigen, dass in Deutschland rund 5.000 Personen mit einem individuellen Finanzvermögen oberhalb von 100 Millionen US-Dollar insgesamt 27,3 Prozent des gesamten nationalen Finanzvermögens besitzen (www.bcg.com/press/27-may2026-bcg-global-wealth-report-weltweites-nettovermogen-steigt-um-9-3-prozent-auf-hochststand-von-550-billionen-us-dollar). Das Niveau dieser Ungleichheit ist damit auf einem historischen Höchstwert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Aktuellen ökonomischen Trends wie der verstärkte Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) könnte dabei (ohne Gegenmaßnahmen) zu einer noch ausgeprägteren Vermögenskonzentration bei den Allerreichsten führen (www.imf.org/-/media/files/publications/wp/2025/english/wpiea2025068-print-pdf.pdf#:~:text=There%20are%20competing%20narratives%20about%20artificial%20intelligence's,channels%20through%20which%20AI%20affects%20the%20economy) .

Gleichzeitig ist die offizielle Datenlage zur Vermögensungleichheit in Deutschland unzureichend. Staatliche Erhebungen (wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) basieren auf Freiwilligkeit und blenden die absolute Spitze der Vermögensverteilung oft systematisch aus. Expert*innen gehen deshalb auch davon aus, dass die Ungleichheit noch stärker ausgeprägt sein dürfte, als aktuelle Messungen zeigen (vgl. Drs. 21/4827 und Drs. 21/7389).

Die zunehmende Vermögensungleichheit in Deutschland und anderen Ländern wird länderübergreifend als zentrales Problem für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Führende Forscher*innen stellen in einem umfassenden Bericht für die G20 nachdrücklich fest, dass die massive Ungleichheit ein fundamentales Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt (www.gov.za/sites/default/fi-

les/gcis_document/202511/g20-global-inequality-report-full-and-summary.pdf). Zurückzuführen ist dies beispielsweise auf die steigende Instabilität von Finanzmärkten, die durch hohe Vermögenskonzentration begünstigt wird. So tragen insbesondere die Reichsten (insbesondere das oberste Prozent und Milliardär*innen) zu einer Flut von Kapital bei und begünstigen so nachweislich Renditendruck und Spekulation (www.nber.org/system/files/working_papers/w26941/w26941.pdf). Außerdem untergräbt die stark ausgeprägte Vermögenskonzentration bei wenigen Individuen und Unternehmen den fairen Wettbewerb, da transnationale Großkonzerne enorme Mengen von Kapital einsetzen können, um quasi-monopolistische Marktpositionen zu verfestigen (www.globaljustice.org.uk/wp-content/uploads/2024/01/Davos-Taken-not-Earner-Report-2024-FINAL-1.pdf). Im Ergebnis können sie insbesondere in Krisensituationen hohe Preisaufschläge verlangen (https://peri.umass.edu/wp-content/uploads/2025/01/WP571.pdf). Unterm Strich wird das Paradigma der Ungleichheit als notwendiges Übel für Wachstum von Forschenden zunehmend in Frage gestellt und die Wirtschaftsschwäche vieler Länder mit dem hohen Maß an Ungleichheit in Verbindung gebracht (www.econstor.eu/bitstream/10419/259361/1/wp2022-05.pdf).

Gleichzeitig stagnieren auch neben dem Wirtschaftswachstum diverse soziale Indikatoren in vielen Ländern, insbesondere auch in bevölkerungsreichen, aufstrebenden Staaten. Besonders der bisherige Trend hin zur höheren Ernährungssouveränität, zu gleicheren Bildungschancen und zur steigenden Arbeitsplatzsicherheit dreht sich vielerorts um. Führende Ökonom*innen bringen diese Dynamiken in einen klaren Zusammenhang mit der wachsenden Ungleichheit in den entsprechenden Ländern (www.theguardian.com/commentisfree/2026/jun/10/economists-maths-growth-doomed-strategy-un-agencies-political-leaders). Massive finanzielle Ungleichheit wirkt sich damit insgesamt negativ auf die Wahrnehmung und Durchsetzung von Menschenrechten aus. Insbesondere erschwert sie die gesellschaftliche Inklusion und politische Beteiligung von benachteiligten Gruppen (https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/2026-01/EN%20-%20Resisting%20the%20Rule%20of%20the%20Rich_0.pdf). Frauen, Minderheiten und LGBTIQ*- Personen sind dabei häufig mehrfach betroffen, da sie sowohl politisch marginalisiert als auch ökonomisch benachteiligt werden (www.oxfam.de/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2026#downloads).

Auch in Deutschland ist die Ungleichheit klar sichtbar: Migrant*innen verdienen zwischen 5 bis 20 Prozent weniger, Frauen mit Einwanderungsgeschichte sogar bis zu 41 Prozent weniger pro Stunde als Männer ohne Einwanderungsgeschichte. Über eine Million Kinder leben in Deutschland in Armut (www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/unicef-bericht-zur-lage-der-kinder-in-deutschland-2025/385504). Unterm Strich sind damit bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Kinder, Frauen, Queers, chronisch kranke oder ältere Personen sowie Menschen, die rassistisch diskriminiert werden, besonders von Armut betroffen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat sich ein G20 Extraordinary Committee gebildet, das unter Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph E. Stiglitz die offizielle Gründung eines „International Panel on Inequality“ anstrebt (IPI; vgl. www.wits.ac.za/news/latest-news/research-news/2026/2026-04/establishing-an-international-panel-on-inequality.html). Bisherige tragende Gründungsländer dieser Initiative sind Südafrika, Brasilien, Norwegen und Spanien. Das Ziel eines solchen Gremiums ist es, in direkter Anlehnung an das bewährte Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) globale Verteilungstrends wissenschaftlich zu überwachen, die Treiber und makroökonomischen Konsequenzen von Ungleichheit unabhängig zu bewerten. Außerdem sollen politische Regulierungsmaßnahmen zur Bewältigung dieser Trends evaluiert werden, um Regierungen, parlamentarische Entscheidungsträger und die internationale Gemeinschaft faktenbasiert zu informieren. Die Initiative ist wesentliches Thema in verschiedenen multilateralen Gremien, darunter insbesondere die entsprechenden Formate innerhalb der Vereinten Nationen (VN).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. an der Gründung eines internationalen Gremiums gegen Ungleichheit, dem sog. International Panel on Inequality (IPI), aktiv mitzuwirken und hierzu
   a. in entsprechenden internationalen Gremien darauf hinzuwirken, die Einführung des Panels auf die Tagesordnung zu setzen und die Debatten positiv zu begleiten;
   b. insbesondere auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) und im Rahmen ihrer Generalversammlung entsprechende Vorschläge ausdrücklich zu unterstützen und auch innerhalb der EU darauf hinzuwirken, dass entsprechende Vorschläge Unterstützung durch die EU erhalten;
   c. darauf hinzuwirken, dass das Panel wissenschaftlich unabhängig arbeitet, fachliche Exzellenz anstrebt und dessen international ausgewogene Beteiligung sichergestellt ist;
   d. darauf hinzuwirken, dass das Panel (ähnlich zum Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)) eng an die VN anzubinden ist und die enge Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Organisationen gesichert wird;
   e. sicherzustellen und in Verhandlungen zu berücksichtigen, dass das Panel von der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft finanziell und ideell unterstützt wird;
2. die Datenqualität über Vermögen (insbesondere die höchsten Vermögen ab einem Wert von 100 Mio. Euro) international und innerhalb Deutschlands durch regelmäßige Erhebungen deutlich zu verbessern und hierbei
   a. gezielt Haushaltsdaten der Top-Vermögen unter Wahrung der Anonymität zu erheben und auszuwerten;
   b. das Verhältnis des Top-1-Prozents und der unteren vier Perzentile (Palma-Index) gezielter in den Blick zu nehmen und die allgemeinen Metriken zur Messung von Ungleichheiten zu verbreitern;
   c. geschlechtsspezifische Ungleichheiten besonders in den Vordergrund zu rücken;
   d. die ökonomischen Auswirkungen der Ungleichheit zu analysieren und hierbei auch Wachstumsindikatoren in den Blick zu nehmen (inkl. Mechanismen wie erhöhte Monopolbildung, Spekulation oder Renditendruck) sowie Wohlfahrtsindikatoren zu berücksichtigen (etwa das Vertrauen in öffentliche Institutionen und Demokratie, subjektives Gerechtigkeitsempfinden oder Qualität von öffentlichen Leistungen);
   e. VN, Weltbank, universitäre Einrichtungen sowie statistische Behörden und Partner*innen auch im Globalen Süden bei Datenerhebungen und Auswertungen zum Thema Ungleichheit stärker und verlässlich zu unterstützen;
3. massive Vermögensungleichheit auch als Hemmnis für den Schutz, die Durchsetzung und Förderung von Menschenrechten weltweit anzuerkennen, zu benennen und vor dem Hintergrund ihrer menschenrechtlichen Schutzverantwortung dagegen vorzugehen;
4. die Vorgaben des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der VN konsequent umzusetzen und allen Menschen in Deutschland ein menschenwürdiges Existenzminimum und Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Berlin, den 22. September 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Begründung

Während offensichtlich ist, dass die Vermögensungleichheit global massiv zunimmt, fehlen in vielen Ländern, auch in Deutschland, noch immer öffentliche Daten und Analysen zur massiven Vermögensungleichheit und insbesondere zu den höchsten Vermögen. Da sich ökonomische Paradigmen von Ungleichheit und Wachstum verändern, braucht es international koordinierte Datenquellen und Analysen sowie einen verstärkten multilateralen Austausch. Die Bundesregierung muss eine Unterstützung für entsprechende Vorschläge sicherstellen, insbesondere in der aktuell laufenden Debatte um die Gründung eines „International Panel on Inequality“ (IPI).

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333